

Brüssel, den 26. September 2025  
(OR. en)

13154/25

LIMITE

POLCOM 262  
WTO 79

## I/A-PUNKT-VERMERK

---

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter (2. Teil)/Rat

---

Betr.: Gemeinsame Ministererklärung der EU und der Vertragsparteien der umfassenden und fortschrittlichen transpazifischen Partnerschaft (CPTPP) – Ermächtigung zur Aushandlung eines nicht verbindlichen Instruments

---

1. In der Ministererklärung der umfassenden und fortschrittlichen transpazifischen Partnerschaft (im Folgenden „CPTPP“) vom 16. Mai 2025 wurde die Absicht der Vertragsparteien der CPTPP zum Ausdruck gebracht, auf einen Dialog über Handel und Investitionen mit der EU hinzuwirken. Auf der Tagung des Rates (Auswärtige Angelegenheiten – Handel) vom 14. Juli 2025 bestätigte Kommissionsmitglied Šefčovič die Absicht der Kommission, auf einen solchen Dialog hinzuwirken.
2. Die Kommission hat den Ausschuss für Handelspolitik (Stellvertreter) am 22. September 2025 in einem Vermerk über ihre Absicht unterrichtet, mit den Vertragsparteien der CPTPP Verhandlungen über ein nicht verbindliches Instrument in Form einer gemeinsamen Ministererklärung aufzunehmen. In dieser Erklärung sollte insbesondere das Bekenntnis der Vertragsparteien zu einem regelbasierten Handel bekräftigt und eine Agenda für die Zusammenarbeit in Handels- und Investitionsfragen festgelegt werden. Sie könnte am 20. oder 21. November 2025 veröffentlicht werden.

3. In der Sitzung des Ausschusses für Handelspolitik (Stellvertreter) vom 25. September 2025 hat die Kommission den Delegationen zusätzliche Informationen vorgelegt. Die oben dargelegte Absicht der Kommission wurde von keiner Delegation abgelehnt.
4. Es wird erwartet, dass die Kommission den Ausschuss für Handelspolitik (Stellvertreter) regelmäßig über den Fortschritt der Verhandlungen unterrichtet.
5. Es gilt als vereinbart, dass sich die Kommission nach Abschluss der Verhandlungen erneut an den Rat wenden wird, um ihn im Einklang mit dem Unionsrecht um seine Ermächtigung zu ersuchen, ein nicht verbindliches Instrument in Form einer gemeinsamen Ministererklärung, das aus den Verhandlungen hervorgehen soll, im Namen der Union zu billigen.
6. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht,
  - zu bestätigen, dass er damit einverstanden ist, dass die Kommission im Namen der Union eine gemeinsame Ministererklärung mit den Vertragsparteien der CPTPP aushandelt, und
  - dem Rat zu empfehlen, dass er die Kommission auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt ermächtigt, diese gemeinsame Ministererklärung im Namen der Union auszuhandeln.